

24.10.2011

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1138 vom 6. September 2011  
des Abgeordneten Josef Rickfelder CDU  
Drucksache 15/2818

### **Migranten in der Feuerwehr – Möglichkeiten zur Verbesserung der Integrationsbemühungen**

**Der Minister für Inneres und Kommunales** hat die Kleine Anfrage 1138 mit Schreiben vom 17. Oktober 2011 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Integration und Soziales wie folgt beantwortet:

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

In NRW leisten die Angehörigen der Berufs-, Werks- und Freiwilligen Feuerwehren eine hervorragende Arbeit. Gerade bei der Freiwilligen Feuerwehr wird dieses Engagement im ehrenamtlichen Bereich geleistet. Wir können dieses nicht oft genug deutlich machen. Die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr hätte in Nordrhein-Westfalen keinen so hohen Stellenwert, wenn die Frauen und Männer der Feuerwehr nicht hoch motiviert und hervorragend ausgebildet ihre Arbeit ausüben würden.

Allerdings wird zukünftig auch der demografische Wandel unserer Gesellschaft bei der Feuerwehr sichtbar werden. Damit ist der Nachwuchsgewinnung ein besonderes Augenmerk zu widmen. Dabei stellt sich die Frage, was getan wird, bzw. was getan werden kann, um verstärkt Migranten für die Arbeit bei der Feuerwehr zu gewinnen.

Neben der Arbeit für die Gesellschaft könnte durch die verstärkte Gewinnung von Migranten bei der Feuerwehr auch die Integration gefördert werden. Insbesondere im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr könnten sich Migranten engagieren und ihr Können einsetzen.

Datum des Originals: 17.10.2011/Ausgegeben: 28.10.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

## Vorbemerkung der Landesregierung

Die in der Vorbemerkung der Kleinen Anfrage geschilderte Problematik ist der Landesregierung bekannt. Im Koalitionsvertrag 2010 ist daher vereinbart worden:

„Wir wollen die lebenswichtige Funktion der - vornehmlich im ländlichen Raum tätigen - Freiwilligen Feuerwehren stärken und unterstützen, indem wir eine Initiative "Für mehr Wertschätzung, Anerkennung und Nachwuchsgewinnung" einleiten. Dazu gehört selbstverständlich auch, mehr Frauen sowie Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einzubinden.

### 1. ***Gibt es bzw. gab es in diesem Zusammenhang eine Werbeaktion der Feuerwehren?***

Der Deutsche Feuerwehrverband hat aktuell im Juni ein bundesweites Projekt „Deine Feuerwehr - Unsere Feuerwehr! Für ein offenes Miteinander“ gestartet, in dessen Rahmen u. a. ein Leitfaden zur interkulturellen Öffnung der Feuerwehren erstellt und Schulungen für Feuerwehrangehörige und Multiplikatoren angeboten werden. Die Ergebnisse werden über den Verband der Feuerwehren in NRW, der in der Projektgruppe vertreten ist, nach Nordrhein-Westfalen gespiegelt.

Eine zentrale Werbeaktion des Landes hat es bereits gegeben. Die Kampagne nannte sich „Lebensretter gesucht“ und bestand aus einem Poster und einem Flyer, der Menschen mit Migrationshintergrund zur Teilnahme bei der Freiwilligen Feuerwehr aufrief, sowie einem Flyer, der Menschen ohne Deutschkenntnisse über das richtige Verhalten im Brandfall informierte. Das Poster wurde bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode neu aufgelegt. Eine Neuauflage des Flyers „Lebensretter gesucht“ in Höhe von 10.000 Exemplaren ist in der Planung. Der Auftrag zur Aktualisierung wird gerade vergeben.

Im Bereich des Regierungsbezirks Arnsberg hat es unter Beteiligung der Kreisfeuerwehrverbände des Hochsauerlandkreises, des Kreises Siegen-Wittgenstein und des Ennepe-Ruhr-Kreises bereits ein Praxisprojekt gegeben, mit dem Nachwuchs aus Communities von Menschen mit Migrationshintergrund gewonnen werden sollte.

Ziele und Umsetzungsschritte des Projektes in Arnsberg waren:

- Abbau von bestehenden Unsicherheiten und Barrieren zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der Feuerwehr
- Information der Menschen mit Migrationshintergrund über die Möglichkeit einer aktiven ehrenamtlichen Mitwirkung in den Feuerwehren
- Initiative zur künftigen Sicherstellung einer ausreichenden personellen Ausstattung
- Kontaktaufnahme zu den Kulturvereinen der Stadt Arnsberg
- Kennenlern-Veranstaltung der Arnsberger Feuerwehr
- Besuch bei den Kulturvereinen zur Information über die Feuerwehr und Tipps für den häuslichen Brandschutz
- Einbringung der Projektergebnisse in die Projektarbeitsgruppe (PAG) für die Erarbeitung eines Integrationskonzepts für den Regierungsbezirk Arnsberg
- Erörterung des Projekts in dem bezirksweiten Feuerwehr-Arbeitskreis "Feuerwehr und Migranten"

**2. *Gibt es auf Landesebene Erfahrungen mit Migranten in Berufs-, Werks- oder Freiwilligen Feuerwehren?***

Aussagekräftige Erfahrungsberichte sind dem Ministerium für Inneres und Kommunales nicht bekannt. Da in Nordrhein-Westfalen Berufsfeuerwehren, Freiwillige Feuerwehren und Werkfeuerwehren nicht in Trägerschaft des Landes stehen, wäre zur Beantwortung der Frage eine landesweite Erhebung unter Beteiligung sämtlicher Träger des Feuerschutzes erforderlich, die sich in der zur Verfügung stehenden Zeit mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht durchführen ließe.

**3. *Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung zur „interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung“ im Sinne des Entwurfs des NRW-Integrationsgesetzes für den Bereich der Feuerwehren?***

Gem. § 6 Abs. 1 des Entwurfes des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Integrationsgesetz) soll der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst der Landesverwaltung erhöht werden (Ziff. 1) und die interkulturelle Kompetenz der Bediensteten der Landesverwaltung gezielt gefördert werden (Ziff. 2). Dabei soll die Förderung der interkulturellen Kompetenz sowohl in staatlichen, soweit sie dem Landesrecht unterliegen, als auch in durch das Land geförderten Aus-, Fort- und beruflichen Weiterbildungen aufgenommen werden (Abs. 4).

Nach Inkrafttreten des Gesetzes unterliegt dann z.B. auch das Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen in Münster (IdF NRW, im Geschäftsbereich des MIK) als zentrale Ausbildungsstätte des Landes zur Ausbildung von Feuerwehrangehörigen und Mitgliedern von Krisenstäben dem Geltungsbereich dieser Vorschrift.

**4. *Gibt es Gespräche mit Migrantenorganisationen, um die Bereitschaft von Migranten zu ehrenamtlicher Mitarbeit in Feuerwehren zu erhöhen?***

Die in der Antwort zu Frage 1 angesprochene Werbeaktion des Integrationsbeauftragten der Landesregierung wurde auch von den Moscheevereinen der DITIB (ca. 286 Vereine in Nordrhein-Westfalen), des Zentralrates der Muslime (ca. 100 Vereine in Nordrhein-Westfalen) und des VIKZ (ca. 110 Vereine in Nordrhein-Westfalen) unterstützt. Das "Elternnetzwerk NRW. Integration miteinander" in dem damals schon über 150 Migrantenselbstorganisationen engagiert waren, führt einmal im Monat ein Elternseminar durch, bei dem Eltern mit Zuwanderungsgeschichte zu verschiedenen Themen fortgebildet werden. In diesem Rahmen hat auch ein Informationsseminar zum Thema "Lebensretter gesucht" stattgefunden. Auch der Landesverband der Volkshochschulen unterstützte die Kampagne; alle 135 Volkshochschulen wurden damals mit den Materialien beliefert.